

## Auslandsbüro Polen

# Vor den Parlamentswahlen 2027 - Polens Parteienspektrum rückt nach rechts

---

*Dr. Piotr Womela, Dr. Daniel Lemmen, Tomislav Delinić*

Polens Parteiensystem steht Anfang 2026 an einem sensiblen Punkt. Die bekannte Polarisierung zwischen Bürgerkoalition (KO) und Recht und Gerechtigkeit (PiS) prägt zwar weiterhin die politische Auseinandersetzung, doch unter der Oberfläche geraten gewohnte Strukturen in Bewegung. Neue Formationen gewinnen an Sichtbarkeit, etablierte Parteien ringen mit strategischen und personellen Herausforderungen, müssen sich mit einem absehbaren Generationswechsel an der Führungsspitze auseinandersetzen und die Frage nach tragfähigen Mehrheiten rückt zunehmend in den Mittelpunkt.

Während die Regierung unter Donald Tusk versucht, ihre Handlungsfähigkeit in einem komplexen Koalitionsgefüge unterschiedlichster Akteure zu behaupten, setzt die Opposition auf institutionelle Hebel und eine weitere Mobilisierung des rechten Lagers. Zugleich fragmentiert das politische Zentrum und am rechten Rand entstehen zusätzliche Konkurrenzverhältnisse. Auch im linken Spektrum zeigen sich Verschiebungen zwischen pragmatischer Regierungsbeteiligung und programmatischer Abgrenzung.

Vor diesem Hintergrund lohnt ein genauerer Blick auf die aktuellen Kräfteverhältnisse, strategische Optionen und innere Dynamiken der politisch Handelnden. Die folgende Analyse zeichnet ein differenziertes Bild der wichtigsten Parteien und ordnet ihre Position in die gegenwärtige Evolution des polnischen Parteiensystems ein – der Trend geht klar nach rechts.

## Die EVP-Parteien

### Die Bürgerkoalition (KO)

Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska, KO) befindet sich Anfang 2026 in einer Phase sichtbarer Neuformierung. Nach der formalen Zusammenführung im Oktober 2025 tritt sie erstmals nicht mehr primär als Wahlbündnis, sondern als eigenständigere Formation auf. Die Bürgerkoalition entstand 2018 als Bündnis rund um die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO), die seit ihrer Gründung 2001 das organisatorische Rückgrat des konservativ-liberalen Lagers in Polen bildet und mehrere Regierungen anführte. Mit dem Einigungsparteitag vom 25. Oktober 2025 wurde dieser lose Verbund ausdrücklich als integrierte Partei positioniert. Satzungstechnisch handelte es sich dabei im Kern um eine Umbenennung der Bürgerplattform und eine Eingliederung der bisherigen kleineren politischen Partner – der wirtschaftsliberalen Nowoczesna und der linksliberalen Inicjatywa Polska. Dies soll den Anspruch eines breiteren politischen Projekts unterstreichen.

Teil dieses Wandels sind unlängst abgeschlossene innerparteiliche Wahlen, die von lokalen Strukturen bis in die nationale Führungsebene reichen. Sie sollen die organisatorische Konsolidierung der neuen Parteiform begleiten. Gleichzeitig wird dieser Prozess von vielen

Beobachtern eher als formaler Schritt denn als echte Machtverschiebung interpretiert, da die Führungsfrage weitgehend unstrittig bleibt.

Die Partei ist stark auf Donald Tusk zugeschnitten, der als Premierminister die strategische Ausrichtung vorgibt. Prominente Figuren in seinem Umfeld und damit zukünftige potenzielle Nachfolger sind unter anderem der langjährige Außenminister Radosław Sikorski sowie der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski. Letzterer galt lange als wichtigste Zukunftsfigur des KO-Lagers, hat jedoch nach seiner verlorenen Präsidentschaftskandidatur deutlich an politischem Gewicht eingebüßt und tritt derzeit eher als sekundäre Figur auf. Dank seines Wahlergebnisses von 97 % bei der Wahl zum Parteivorsitzenden gilt Tusk als unangefochten. Er wiederum hat sich von dem schweren Schlag der Niederlage Trzaskowskis bei den Präsidentschaftswahlen inzwischen erholt. Schien seine vorzeitige Ablösung als Parteivorsitzender und Premier noch im Herbst nahezu beschlossene Sache, hat er sich inzwischen zurückgemeldet und zeigt sich entschlossen, die KO in den nächsten Wahlkampf zu führen.

Trotz ihrer wachsenden Geschlossenheit bleibt die Bürgerkoalition organisatorisch hybrid. Während sie parlamentarisch und medial geschlossen auftritt, ist die strukturelle Integration auf lokaler Ebene noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Partei verfügt über besonders starke Netzwerke in Großstädten, zeigt jedoch weiterhin Schwächen in kleineren Städten und ländlichen Gebieten.

Inhaltlich positioniert sich die Bürgerkoalition heute als breite politische Kraft der Mitte und entwickelt sich zunehmend von einer liberal-konservativen Kraft – im nun institutionalisierten Parteienkorsett mit den genannten Parteien zu einer Art Volkspartei. Sie vereint wirtschaftsliberale, gemäßigt-konservative und sozialliberale Strömungen unter einem Dach. Diese programmatische Breite ermöglicht die Ansprache unterschiedlicher Wählergruppen, erschwert aber eine klare ideologische Profilbildung. Bereits seit dem Präsidentschaftswahlkampf war erkennbar, dass sich die KO insgesamt – nach Jahren der Liberalisierung – in den letzten Monaten wieder sehr viel stärker den Wählern rechts der Mitte zuwendet. Liberale Postulate wie beispielsweise die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen treten stark in den Hintergrund. Vielmehr versucht die Partei mögliche Lücken rechts von ihr zu besetzen – allen voran durch den als konservativer geltenden Radosław Sikorski.

In den Umfragen positioniert sich die Bürgerkoalition stabil als stärkste Kraft jenseits der politischen Rechten und vereinigt etwa ein Drittel der Wähler hinter sich. Begünstigt wird dies vor allem durch die Schwäche ihrer Koalitionspartner. Insgesamt ist sie heute der zentrale Knotenpunkt des anti-PiS-Lagers, was immer noch als stärkstes Bindeglied für die politischen Kräfte in der KO gesehen werden muss – wobei zugleich viele Wähler kritisieren, dass die Abrechnung mit der PiS bislang nicht umfassend erfolgt ist und Reformen ausbleiben. So erholt die KO aktuell nach dem Schock der verlorenen Präsidentschaftswahlen erscheint, nutzt es nicht viel: Mit wem sollte die Partei koalieren? Bisherige Partner schwächeln. Nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich in der Lücke zwischen KO und PiS neue Akteure platzieren. Dazu später mehr.

### **Polnische Volkspartei (PSL)**

Die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) ist – nach der Bürgerkoalition – die zweite politische Kraft in Polen, die der Europäischen Volkspartei (EVP) angehört. Traditionell fungierte die PSL wiederholt als Koalitionspartner der KO. Gemeinsam regierten beide Parteien bereits in den Jahren 2007–2015. Auch in der aktuellen Regierung stellt der PSL-Vorsitzende Władysław Kosiniak-Kamysz den Vizepremier und Verteidigungsminister. Darüber hinaus verantwortet die PSL die Ressorts Energie und Landwirtschaft.

Trotz ihrer außergewöhnlich starken lokalen Strukturen und einer Mitgliederbasis von über 70.000 – womit die PSL die größte Partei Polens darstellt – hat sie zunehmend Schwierigkeiten,

Wähler zu erreichen und stabile Umfragewerte zu erzielen. In aktuellen Umfragen liegt die PSL mit rund drei Prozent Zustimmung deutlich unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Solche Zahlen verschrecken die Partei jedoch nicht. Stets suchte sich die PSL im Vorfeld von Wahlen strategische Partner für ein Wahlbündnis und übersprang damit die Hürde ins Parlament problemlos. Ob das ein weiteres Mal gelingen wird, ist offen.

Historisch verstand sich die PSL als Interessenvertretung der ländlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft. In den vergangenen Jahren wechselten jedoch zahlreiche Wähler zur PiS, deren sozialpolitische Programme besonders in wirtschaftlich schwächeren ländlichen Regionen und kleineren Städten Anklang finden. Unter dem Siegel ihres traditionellen Wählerprofils leidet die PSL ähnlich wie andere klassische „Agrarparteien“: Sie verfügen oft über ausgebaute kommunalpolitische Netzwerke – im Fall der PSL deutlich stärker als die KO oder andere polnische Parteien. Dadurch gelingt der Partei eine sehr gute Rekrutierung von Nachwuchskräften – nicht überraschend ist die FML, die parteieigene Jugendorganisation, die bei weitem effektivste in Polen. So besetzen in der aktuellen Regierung gerade junge Vertreter der PSL Schlüsselpositionen im Hintergrund von Ministern, in den Kabinetten, etc. Doch in der Öffentlichkeit gilt die Partei als veraltet, Vertreter einer früheren Zeit, nicht fähig zur Modernisierung. Dieses Image abzustreifen, ist eine der größten Herausforderungen für die Partei.

Die PSL versucht, sich als Volkspartei der politischen Mitte zu positionieren – als Alternative zum sich verhasst gegenüberstehenden Duopol aus KO und PiS. In der Vergangenheit ist die PSL bereits Kooperationen mit Partnern rechts und links von sich eingegangen. In einem polarisierten politischen Umfeld wird der Raum für moderat ausgerichtete Parteien jedoch kleiner. Wähler, die vom ewigen Streit zwischen der KO und der PiS enttäuscht sind, wenden sich scheinbar nicht der PSL zu – wohl auch aufgrund ihres Images als „Bauernpartei“ – sondern häufig neuen politischen Projekten. Auch gilt die PSL als langjähriger Teil verschiedener Regierungskoalitionen für viele bereits als Teil der „Elite“.

Die Partei ist daher auch künftig auf strategische Wahlbündnisse angewiesen, um im Parlament vertreten zu bleiben. Die PSL ist für etliche Mitbewerber dabei ein attraktiver Partner: Ein Beispiel dafür war die Parlamentswahl 2023, bei der die PSL gemeinsam mit der Bewegung Polska 2050 antrat: Während Polska 2050 für politische Erneuerung stand, brachte die PSL ihre bereits vorhandenen organisatorischen Strukturen, Erfahrungen und umfangreichen Netzwerke für den Wahlkampf ein.

Ein ähnliches Modell könnte auch bei den Parlamentswahlen 2027 eine Rolle spielen. Derzeit ist jedoch kein klarer Partner erkennbar, da eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Polska 2050 für die PSL kaum politischen Mehrwert verspricht. In den Medien wurde zeitweise über eine mögliche neue Mitte-Rechts-Formation um den ehemaligen Premierminister Mateusz Morawiecki (PiS) spekuliert, die als Bündnispartner für die PSL infrage käme. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich erst im Vorfeld der nächsten Wahlen neue politische Konstellationen ergeben, die der PSL eine erneute Bündnisoption eröffnen. Sollten sich die schlechten Umfragewerte für die Partei nicht ändern, könnte die PSL gezwungen sein, eine gemeinsame Wahlliste mit der Bürgerkoalition zu erwägen. Dies wäre jedoch mit dem Risiko verbunden, langfristig politische Eigenständigkeit zu verlieren.

## Die politische Mitte

### Polska 2050

Polska 2050 befindet sich Anfang 2026 im politischen Niedergang. Die 2020 von Szymon Hołownia gegründete Partei trat als zentristisches Anti-Establishment-Projekt an und profitierte zunächst von der Polarisierung zwischen PiS und Bürgerplattform. Programmatisch ist sie im proeuropäischen Zentrum verortet, was durch die Anbindung an Renew Europe unterstrichen wurde.

Mit dem Eintritt in die Regierung verlor die Formation jedoch ihren Bewegungskarakter und damit an Attraktivität. Sinkende Umfragewerte, schwache organisatorische Strukturen und geringe politische Verankerung haben ihre Stellung deutlich geschwächt. Auch Hołownia selbst hat an Strahlkraft eingebüßt. Nach seiner Zeit als Sejm-Marschall (Rotation innerhalb der Koalition) ist seine Rolle weniger prägend, während es der insgesamt unerfahrenen Partei weiterhin an stabilen Netzwerken fehlt.

Die Erosion zeigt sich auch personell: Abgänge und Neugründungen verdeutlichen die zunehmende Fragmentierung des politischen Zentrums. Ein Beispiel ist die neue Fraktion Centrum, die aus ehemaligen Abgeordneten von Polska 2050 hervorging. Ihr Profil bleibt unscharf, doch ihre Entstehung steht sinnbildlich für die Neuordnung des zentristischen Spektrums zwischen Eigenständigkeit und Annäherung an größere Kräfte wie die Bürgerkoalition. Wie viele andere Senkrechstarter-Parteien zuvor, ist der tiefe Sturz dieser Bewegung in die Bedeutungslosigkeit absehbar.

## Die politische Rechte

### Recht und Gerechtigkeit (PiS)

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (poln. Prawo i Sprawiedliwość, PiS) bildet den zentralen Gegenpol zur liberalen Bürgerkoalition (KO). Mit ihrer nationalkonservativen und häufig populistischen politischen Kommunikation (nicht zuletzt immer wieder mit stark anti-deutschen Narrativen) verfügt die PiS weiterhin über ein beträchtliches Mobilisierungspotenzial innerhalb der Wählerschaft. Zwar befindet sich die Partei seit den Parlamentswahlen von 2023 in der Opposition, stellt allerdings die größte Fraktion im polnischen Parlament – für eine Regierungsrolle fehlte ihr nur der Koalitionspartner. Ein beträchtlicher Erfolg für den Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński war der Sieg seines Kandidaten Karol Nawrocki bei den letzten Präsidentschaftswahlen, der letztendlich überraschend gegen den als Favoriten geltenden Kandidaten der Bürgerkoalition, Rafał Trzaskowski gewann – ein enormer Rückschlag für die Regierungsfähigkeit von Premier Tusk.

Da der polnische Präsident über ein Vetorecht gegenüber Parlamentsgesetzen verfügt, blockiert Nawrocki seit seinem Antritt zentrale Reformvorhaben der parlamentarischen Mehrheit. Tusk kann kaum noch tragbare politische Initiativen implementieren. Dies fügt sich in die Oppositionsstrategie der PiS ein, die darauf abzielt, die Regierungskoalition zu diskreditieren und ihre angebliche Unfähigkeit zum effektiven Regieren sichtbar zu machen. Gleichzeitig erweitert die Präsidentschaft Nawrockis den politischen Handlungsspielraum der Partei im Vorfeld der Parlamentswahlen 2027. Doch ist nicht alles Gold, was glänzt. Der PiS graben andere Akteure von rechts das Wasser ab. Zugleich ist die Zukunft des alternden Parteivorsitzenden Kaczyński der Elefant im Raum. Seine bisher unumstrittene Autorität scheint ins Wanken zu geraten.

Die jüngsten Wahlerfolge der PiS relativieren sich bei näherer Betrachtung entsprechend. Die Partei strebt eine eigenständige Regierungsbildung an, doch eine absolute Mehrheit bei den nächsten Wahlen erscheint derzeit wenig realistisch. In den Umfragen verzeichnet die PiS eine rückläufige Tendenz: innerhalb von rund sechs Monaten sank ihre Unterstützung von etwa 30 auf knapp über 20 Prozent, womit sie derzeit hinter der Bürgerkoalition auf dem zweiten Platz liegt. Sollte die PiS wieder regieren wollen, wird sie voraussichtlich auf Koalitionspartner angewiesen sein. In politischen Beobachterkreisen wird dabei häufig über eine mögliche Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Konfederacja spekuliert.

Vor dem Hintergrund wachsender Unterstützung für neue Gruppierungen am rechten Rand des politischen Spektrums setzte Jarosław Kaczyński beim Parteikongress der PiS im März 2026 demonstrativ auf den rechten Flügel seiner Partei. Als Spitzenkandidaten für die Parlamentswahl 2027 präsentierte er Przemysław Czarnek, der für seine ultrakonservativen

Positionen bekannt ist. Die Hervorhebung eines Politikers mit derart radikalen Positionen dürfte nach der Logik der Parteiführung einerseits gesellschaftliche Emotionen verstärken und die politische Polarisierung vertiefen, andererseits den Abfluss von Wählern nach rechts begrenzen. Diesen vorzeitigen Schritt kritisieren nicht wenige, auch parteiintern, als möglicherweise schweren strategischen Fehler, der der KO Raum Mitte-Rechts überlässt und zugleich die eigene Position gegen die Ultra-Rechte aufreißt. Denn gegen das Anti-Eliten-Narrativ dieser Akteure kann die PiS nichts entgegensetzen – sie ist ja als langjährige Regierungspartei bereits Teil der Elite. Die PiS aber hat wiederholt gezeigt, dass sie gesellschaftliche Stimmungen gezielt aufgreifen, teilweise auch politisch steuern und nicht selten überraschen kann. Ob die Partei mit ihrem neuen Kurs auch diesmal richtig liegt und ihre Wählerschaft stabilisieren kann, bleibt allerdings ungewiss.

Die PiS sieht sich derzeit mit zwei zentralen strategischen Herausforderungen konfrontiert: zum einen mit der wachsenden Konkurrenz neuer rechtsorientierter Parteien, die um ein ähnliches Wählersegment werben und die PiS zu einer weiteren Verschiebung ihrer politischen Rhetorik nach rechts drängen. Für gemäßigt konservative Wähler kann dieser Kurs problematisch sein. Zugleich schrumpft die traditionelle Wählerbasis der PiS altersbedingt, während die Partei für jüngere, systemkritische Wähler bislang nur begrenzt attraktiv ist. Zum anderen rückt die Frage der innerparteilichen Führung stärker in den Vordergrund. Jarosław Kaczyński gilt weiterhin als zentrale Integrationsfigur der Partei. Gleichzeitig werden interne Spannungen sichtbarer – insbesondere zwischen dem zunehmend dominierenden rechten Flügel und moderateren Kräften um den ehemaligen Premierminister Morawiecki, dessen Umfeld bereits die Möglichkeit eines Bruchs mit PiS signalisiert. In diesem Kontext hat Morawiecki bereits im April 2026 ein eigenes politisches Netzwerk in Form eines Vereins ins Leben gerufen. Unklar ist jedoch, ob dieses als „liberales“ Flügelprojekt innerhalb der PiS fungieren oder den Auftakt zu einer eigenständigen Abspaltung bilden soll.

### **Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit**

Die Konföderation (Konfederacja) ist ein dauerhaft präsenster, wenn auch organisatorisch fragmentierter Akteur am rechten Rand des polnischen Parteiensystems. Ideologisch vereint sie rechtskonservative, rechtspopulistische und teilweise rechtsextreme Strömungen. Im Unterschied zu früheren Protestparteien verfügt sie über eine stabile Kernwählerschaft, insbesondere unter jüngeren, männlichen und wirtschaftsliberalen Wählern.

Geführt wird sie von Sławomir Mentzen und Krzysztof Bosak, die unterschiedliche Flügel repräsentieren: Mentzen steht für einen wirtschaftsliberalen und strategisch-professionellen Kurs, Bosak für den nationalkonservativen Teil. Diese Doppelstruktur spiegelt den innerparteilichen Spannungsbogen zwischen Professionalisierung und ideologischer Bewegung wider. Zugleich bleibt offen, wie tragfähig dieses Bündnis langfristig ist, ob es nicht gerade daran vor den Parlamentswahlen zerbricht, um die entstehenden Lücken im Parteiensektor gezielt zu besetzen – in Konkurrenz zueinander.

In den vergangenen Jahren hat sich die Partei punktuell von radikaleren Positionen distanziert, auch mit Blick auf mögliche Koalitionsfähigkeit – ob dies substantiell oder taktisch ist, bleibt offen. Auf europäischer Ebene bleibt ihre Einbindung lose und heterogen, hat sie sich im Europäischen Parlament sowohl der Fraktion der Patrioten (PfE) sowie der Fraktion Europa Souveräner Staaten (ESN) angeschlossen. So gehören ihre Europa-Abgeordnete beispielsweise verschiedene Fraktionen an.

Im politischen System gewinnt die Konföderation vor allem als potenzieller Mehrheitsfaktor an Bedeutung, insbesondere für rechte Konstellationen mit der PiS. Zugleich inszeniert sie sich als Alternative zum dominierenden Duopol aus PiS und Bürgerkoalition. Für Teile der Bürgerkoalition könnte sie in bestimmten Konstellationen auch als taktischer Partner in Betracht kommen, da beide Lager die PiS scharf kritisieren, als Teil der Elite markieren, und ein gemeinsames Interesse daran haben, eine Rückkehr der PiS an die Macht zu verhindern –

auch wenn eine solche Zusammenarbeit politisch hoch konflikträftig wäre. Dieses Narrativ, verstärkt durch eine effektive Social-Media-Strategie, trifft vor allem bei jüngeren Wählern auf Resonanz. In Umfragen liegt die Partei aktuell bei rund 13 Prozent.

### **Konföderation der Polnischen Krone**

Die Partei Konföderation der Polnischen Krone (poln. Konfederacja Korony Polskiej) ist ein neues Phänomen auf der polnischen politischen Bühne. Sie wurde von Grzegorz Braun, einem ehemaligen Politiker der Konfederacja, gegründet und ist klar der extremen Rechten zuzuordnen. In öffentlichen Debatten gilt sie häufig als prorussisch, teils wird ihr auch ein neofaschistisches Profil zugeschrieben, und sie treibt antisemitische Narrative voran, die in Teilen der Gesellschaft auf erschreckende Resonanz stoßen. Gegen Braun laufen mehrere Verfahren, unter anderem wegen Körperverletzung und wegen der Verletzung religiöser Gefühle.

Braun war bereits seit Jahren durch provokante Aktionen bekannt, die er gezielt über soziale Medien verbreitete. Besondere internationale Aufmerksamkeit erlangte er im Dezember 2023, als er im polnischen Parlament mit einem Feuerlöscher eine Chanukka-Menora löschte. Der Vorfall löste einen politischen Skandal aus, verschaffte ihm aber zugleich große mediale Reichweite und mobilisierte radikale Milieus. Mit seiner Präsidentschaftskandidatur 2025 wurde er landesweit noch bekannter und erreichte in der ersten Runde überraschend 6,3 Prozent. Zuletzt kondolierte er in der iranischen Botschaft in Warschau nach dem Tod des religiösen Führers Ali Chamenei.

Die Wählerschaft der Partei ist heterogen und umfasst politisch wenig aktive Wähler, Nichtwähler und radikale Gruppen sowie viele ehemalige PiS-Anhänger. In aktuellen Umfragen liegt die Partei bei rund acht Prozent. Dass der provokante Anführer der Bewegung im Rahmen der persönlichen Präsidentschaftswahl durch seine harten Narrative und provokanten Auftritte punkten konnte, sorgte für Aufruhr im Parteienspektrum. Ob die Partei aber für Listenwahlkämpfe für die Parlamentswahlen genug Personal, geeignete Kandidaten und Strukturen aufbauen kann, um tatsächlich in den Sejm einzuziehen, wird sich erst zeigen müssen. Die Wirkung, die Braun mit seinen extremen Positionen in der ohnehin stark gespaltenen Gesellschaft hinterlässt, ist jedoch alltäglich spürbar, was sich insbesondere in der medialen Präsenz deutlich zeigt.

## **Die politische Linke**

### **Die Neue Linke**

Die Neue Linke (Nowa Lewica) bleibt Teil des polnischen Parteiensystems, wirkt jedoch politisch geschwächt und strategisch unscharf. Die auf europäischer Ebene der SPE angehörende Partei wird derzeit von einem alleinigen Vorsitzenden geführt: Włodzimierz Czarzasty. Mit seiner politischen Sozialisation in der postkommunistischen Linken steht er für personelle Kontinuität innerhalb einer Formation, die historisch in der Nachfolge der ehemaligen Staatspartei PZPR steht. Eine klare programmatische und symbolische Loslösung von diesen Wurzeln ist bislang nur begrenzt gelungen, was die Entwicklung einer glaubwürdigen „neuen Linken“ erschwert.

Strukturell fehlt es der Partei an sichtbarem Generationenwechsel und neuen Führungsfiguren. Auffällig ist zudem, dass erneut keine Frau an der Spitze steht – ein Spannungsverhältnis für eine Kraft, die sich programmatisch stark auf Gleichstellungs- und progressive Themen beruft. Insgesamt entsteht so der Eindruck einer Diskrepanz zwischen programmatischem Anspruch und politischer Realität.

In den Umfragen bewegt sich die Linke derzeit leicht oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Ihre Rolle im politischen System liegt damit vor allem in der eines kleineren Koalitionspartners, dessen Bedeutung weniger aus eigener Stärke als aus der Mehrheitsarithmetik resultiert.

## Razem

Razem (dt. Gemeinsam) positioniert sich als ideologisch klarere, jüngere Kraft innerhalb des linken Spektrums. Die Partei steht für eine stärker sozialpolitische und systemkritische Linie und grenzt sich bewusst von den postkommunistischen Wurzeln der etablierten Linken ab. Auf europäischer Ebene ist sie im sozialistischen Lager verortet; ihre Europaabgeordneten gehören zur GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament.

Gegenüber der Regierung Tusk verhält sich Razem pragmatisch. Sie unterstützt das Regierungslager punktuell, vor allem, um eine Rückkehr der PiS zu verhindern, wahrt jedoch bewusst Distanz, um ihr eigenständiges Profil zu erhalten.

Als möglicher Koalitionspartner bleibt Razem ein ambivalenter Akteur. Programmatische Schnittmengen bestehen im sozialen Bereich, doch ihre ideologische Klarheit und Skepsis gegenüber liberalen Wirtschaftspositionen erschweren eine dauerhafte Regierungsbeteiligung. Wahrscheinlicher ist mittelfristig eine Rolle als externer Unterstützer oder punktueller Mehrheitsbeschaffer.

## Prognose – Bis zu den Wahlen kommt viel Bewegung in Polens Parteien

Betrachtet man die aktuellen Umfragen, deutet vieles darauf hin, dass die politische Zukunft Polens rechts geprägt sein wird. Nach heutigem Stand kämen PiS und die beiden Konföderationsparteien gemeinsam auf eine sichere Mehrheit im Sejm. Die Bürgerkoalition bliebe mit rund 34 Prozent zwar voraussichtlich die stärkste Fraktion im Parlament, könnte ohne Koalitionspartner jedoch keine Regierung bilden. Zugleich schneiden ihre bisherigen potenziellen Partner in den Umfragen ausgesprochen schwach ab – derzeit würde lediglich die Neue Linke den Einzug in den Sejm schaffen. So sähe die politische Kräfteverteilung aus, wenn heute gewählt würde. Bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2027 kann jedoch noch viel geschehen, und unterschiedliche Faktoren können eine neue Dynamik erzeugen.

Auf der rechten Seite des Parteiensystems bleibt die PiS die dominierende Kraft. Der aktuelle harte Kurs der Partei bindet zwar ihre Stammwähler, erschwert aber die Öffnung für neue Wählermilieus. Andererseits hat die PiS in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, dass sie in Wahlkämpfen stark mobilisieren kann und am Ende oft bessere Wahlergebnisse erzielt, als es frühere Umfragen erwarten ließen. Man kann davon ausgehen, dass PiS bei den kommenden Wahlen deutlich über 20 Prozent der Stimmen erreichen wird. Gleichzeitig erscheint eine Rückkehr zu den Wahlergebnissen von 2015 und 2019, die der Partei früher eine absolute Mehrheit ermöglichten, wenig wahrscheinlich. Viele fragen sich, inwieweit Parteichef Jarosław Kaczyński noch die Zügel fest in der Hand hält, oder ob seine Autorität (auch im Wechselspiel mit dem Präsidenten Nawrocki) bröckelt. Nicht ausgeschlossen ist, dass mit zunehmender Nähe zu den Parlamentswahlen und wachsender Nervosität in den eigenen Reihen, die bereits jetzt sichtbare Zersplitterung (Morawiecki!) weiter zunehmen könnten. Ebenso nicht ausgeschlossen ist allerdings, dass gerade Jarosław Kaczyński erneut alle Beobachter überrascht, wie ihm das zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen gelungen ist. Sicher ist, dass der PiS entscheidende Jahre bevorstehen, die möglicherweise einen radikalen (Um-)Bruch mit sich bringen werden.

Rechts von PiS stehen die beiden Konföderationsparteien, die zusammen auf über 20 Prozent kommen. Die Präsidentschaftswahl 2025 zeigte, dass eine deutliche Mehrheit ihrer Anhänger in der Stichwahl den PiS-Kandidaten Karol Nawrocki unterstützte. Eine Koalition mit der PiS erscheint für ihre Wähler daher grundsätzlich möglich. Die größte Unbekannte bleibt jedoch

die Konföderation der Polnischen Krone, deren Vorsitzender Grzegorz Braun als politisch schwer berechenbar gilt. Zusammengehalten werden könnte ein solches Bündnis vor allem durch ein gemeinsames Ziel: die Ablösung der aktuellen liberalen Koalition und insbesondere der KO. Zugleich sind die extremen Positionen von Braun selbst für harte Akteure der Rechten durchaus ein Problem, erst recht mit Blick auf eine wirklich ernsthafte Kooperation in einer möglichen Regierung.

Unabhängig von diesen Spekulationen ist bereits jetzt eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts erkennbar. Symbolisch für diesen Prozess war die Niederlage Rafał Trzaskowskis bei der Präsidentschaftswahl, die auch damit zusammenhing, dass er von vielen Wählern mit progressiven, großstädtischen Eliten identifiziert wurde. Dieses Image stieß bei der eher konservativ orientierten Mehrheit der Wähler auf Kritik.

Schon zuvor verdankte die Bürgerkoalition ihren Wahlerfolg 2023 eher einer außergewöhnlich hohen Mobilisierung als einer thematisch loyalen Gefolgschaft. Die Wahlbeteiligung lag für polnische Verhältnisse sehr hoch bei über 74 Prozent. Viele Wähler unterstützten dabei weniger das Programm der KO, sondern wollten vor allem eine Fortsetzung der damaligen PiS-Regierung verhindern. Sie hatten genug von den Konflikten mit Brüssel, den umstrittenen Reformen sowie der zunehmenden Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch das nationalkonservative Lager und dessen Angriffen auf den Rechtsstaat. Allerdings verblasst die Erinnerung an den Machtmissbrauch während der Regierungszeit der PiS allmählich, gerade bei den jüngeren Wählern und Erstwählern. Es ist unklar, ob sich dieses „Anti-PiS“-Wählersegment bei den kommenden Wahlen noch einmal ähnlich stark mobilisieren lässt.

Dies gilt umso mehr, als bei der von Donald Tusk angekündigten Aufarbeitung der früheren Regierung bislang keine spektakulären Fortschritte sichtbar sind. Es gibt weder Verurteilungen noch den Beginn größerer Verfahren in jenen Fällen des „gigantischen Diebstahls“, von denen Politiker der KO gesprochen hatten. Manche Wähler stellen sich daher die Frage, ob das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten tatsächlich so groß war – oder ob die jetzige Regierung vielmehr ihre begrenzte Fähigkeit offenbart, den Staat effektiv zu führen. Beides erschwert den Aufbau von Vertrauen in die gegenwärtige Regierungskoalition.

Gleichzeitig ist schwer vorstellbar, dass die KO kurzfristig ein neues politisches Image entwickeln kann, das ihr erlaubt, über ihre Kernwählerschaft hinaus Stimmen zu gewinnen. Die Regierung wird in Umfragen eher negativ bewertet, auch wenn sie sich zuletzt erholt hat. Und Donald Tusk, der die Partei in die nächsten Wahlen führen soll, gilt für viele als Reizfigur und verfügt damit nur über eine begrenzte Fähigkeit, neue Wähler anzuziehen. Einige Experten sehen darin eine strukturelle „gläserne Decke“ für die Partei. Das reine Versprechen, Anti-PiS zu sein, könnte bei den kommenden Wahlen nicht mehr ausreichen. Die Partei müsste einerseits deutlich mehr Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit demonstrieren, andererseits aber auch mehr inhaltliche und personelle Frische ausstrahlen, um neue Wählergruppen anzusprechen.

Die aktuell hohen Umfragewerte der KO erklären sich zu einem erheblichen Teil aus der Schwäche ihrer Koalitionspartner. Insbesondere frühere Wähler von Polska 2050 haben sich zuletzt stärker der Bürgerkoalition zugewandt. Zugleich existiert weiterhin eine beträchtliche Gruppe von Wählern, die vom Duopol aus KO und PiS enttäuscht ist, sich aktuell noch nicht positioniert.

Unklar ist die Zukunft des traditionellen KO-Koalitionspartners PSL, der aktuell bei etwa drei Prozent liegt. Offen bleibt auch, welche Ergebnisse die beiden linken Parteien erzielen werden: die Neue Linke und Razem. Letztere überschreitet in einigen Umfragen sogar die Fünf-Prozent-Hürde. Die Neue Linke wiederum hat derzeit Chancen, ihre Position zu verbessern. Ihr Vorsitzender Włodzimierz Czarzasty übernahm im November 2025 das Amt des Sejmarschalls, was ihm größeren politischen Handlungsspielraum verschafft und zwangsläufig mediale Aufmerksamkeit sichert. Gegenwärtig liegt die Linke bei knapp 7 Prozent. Ein wiederkehrendes Phänomen der polnischen Politik ist das Auftreten neuer

politischer Kräfte kurz vor Wahlen, die sich als Alternative zu den beiden dominierenden Parteien präsentieren. Von diesem Mechanismus profitierten in den vergangenen Jahren mehrere politische Projekte, darunter die radikale Konfederacja bei der Parlamentswahl 2019 oder später die zentristische Polska 2050. Mit Ausnahme der Konfederacja erwiesen sich diese Formationen meist als kurzlebig, konnten zeitweise jedoch eine wichtige Rolle spielen, indem sie neue Wähler mobilisierten oder sowohl der PiS als auch der KO Stimmen entzogen.

Aktuell ist keine vergleichbare neue politische Kraft erkennbar. Die Dynamik bleibt jedoch bestehen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass etwa ein Jahr vor der Wahl erneut eine neue Bewegung entsteht. Ähnlich war es bereits 2015, als die liberale Nowoczesna, die erst wenige Monate vor der Wahl gegründet worden war, aus dem Stand 7,6 Prozent der Stimmen erreichte. In diesem Kontext sollten die Initiativen Morawieckis genau beobachtet werden, denn diese könnten bei entsprechender Institutionalisierung für erhebliche Dynamiken auf der rechten Seite des Spektrums sorgen – selbst mit Kompatibilitäten in Richtung der polnischen EVP-Parteien KO und PSL und damit ganz neue Koalitionspotenziale.

Fakt ist, dass die politischen Narrative – und Kräfte – in Polen stark nach rechts rücken. Sollten die liberal-demokratischen Parteien keine neue Initiative ergreifen, kein überzeugendes politisches Angebot formulieren, spricht vieles dafür, dass die polnische Parteienlandschaft künftig von populistischen und nationalkonservativen Kräften geprägt sein wird, die möglicherweise auch die nächste Regierung stellen könnten.

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Auslandsbüro Polen

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[kas.polska@kas.de](mailto:kas.polska@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)